

Der UBS drohen mehrere Klagen

Vermögende Privatkunden der Grossbank fordern Entschädigung für Millionenverluste bei Derivaten

EFLAMM MORDRELLE

Der Absturz des Dollars nach dem «Liberation Day» hat für die UBS ein lästiges Nachspiel. Vermögende Privatkunden aus der Schweiz haben sich mit riskanten Devisen-Derivaten, die an den Dollar angebunden sind, verspekuliert und teilweise viel Geld verloren. Viele wollen sich des Risikos dieser Instrumente nicht bewusst gewesen sein.

Betroffene Kunden behaupten, dass sie von UBS-Kundenberatern schlecht informiert worden seien. Einige Kunden haben Rechtsverfahren eingeleitet. Um die Sache schnell aus der Welt zu schaffen, hat die UBS eine Task-Force eingesetzt. Gemäss einem Bericht der «Financial Times» haben rund hundert Personen Entschädigungen erhalten.

Verpflichtet zum Stillschweigen

In der Schweiz dürften wenige hundert Kunden betroffen sein. Doch die kritische Berichterstattung hat der Reputation der Bank geschadet: In der vermeintlich konservativen Vermögensverwaltung verkauft die UBS spekulative Derivate, die ihren eigenen Kunden Millionenverluste einbringen können. Naheliegend, dass die UBS das Thema schnell aus der Welt schaffen möchte. Aus dem Umfeld der Bank ist zu vernehmen, dass Verhandlungen mit gewissen Kunden für «Goodwill»-Zahlungen noch am Laufen seien.

Offiziell heisst es, dass die Bank eine Überprüfung des Sachverhalts durchgeführt und festgestellt habe, «dass eine sehr kleine Anzahl von Kunden, an einigen wenigen Standorten in der Schweiz, unerwartete Auswirkungen durch die Marktverwerfungen im Zusammenhang mit der US-Zoll-Situation erfahren haben». Die Bank habe das Thema von Anfang an ernst genommen und jeden Kundenfall individuell angeschaut.

Für die UBS ist die Sache also praktisch abgeschlossen. Nicht so für gewisse Privatkunden. Sie wollen rechtlich gegen ihre Bank vorgehen. Bei der Zürcher Staatsanwaltschaft wurden Strafanträge wegen «Widerhandlung gegen das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb» eingereicht – gegen eine unbekannte Täterschaft. Die Anträge befinden sich gemäss einem Sprecher noch in Vorprüfung. Auf zivilrechtlichem Weg bereiten drei Anwaltskanzleien Klagen vor.

Gemäss Dominik Elmiger, Anwalt bei der Kanzlei Lalive, der mehrere UBS-Kunden vertritt, hat die Bank mit Betroffenen überraschend schnell das Gespräch gesucht. Man habe ihnen Optionen unterbreitet, jedoch ohne



Die UBS möchte die Verfahren so schnell wie möglich aus der Welt schaffen.

ENNIO LEANZA / KEYSTONE

konkrete Empfehlungen abzugeben. Etliche Kunden hätten dann ohne vorgängige Analyse ihrer Situation ein Vergleichsangebot unterzeichnet – und sich zu Stillschweigen verpflichtet. So habe sich die UBS günstig eines Teils des Rechtsrisikos entledigt.

Angst, leer auszugehen

«Die Bank tritt auf, als sei die Angelegenheit schon beinahe abgeschlossen, tatsächlich beginnt sie erst», sagt er. Die Anwaltskanzlei Lalive war auch bei den Rechtskonflikten um die Greensill-Fonds der Credit Suisse und bei der Abschreibung der AT1-Anleihen bei der CS-Übernahme durch die UBS involviert. In diesen Fällen erlitten vor allem institutionelle Investoren Verluste. Im Fall der Dollar-Derivate sind nicht Profis oder sehr Vermögende betroffen, sondern gemäss Elmiger mehrheitlich ältere Privatinvestoren, die nun grosse Verlustängste hätten.

Besonders die Nachschusspflicht sorgt für Aufruhr. Das bedeutet, dass, wenn ein Kunde zu wenig Vermögen bei der Bank hat, um die Verluste zu decken, dieser Geld nachschieszen muss. Diese Kunden hätten teilweise Verluste in Mil-

lionenhöhe angehäuft, die sie bei einem Verkauf der Finanzinstrumente realisieren würden.

Sie hätten bisher keinen «Deal» von der UBS bekommen und fürchteten, leer auszugehen. Deshalb wollten sie die Sache wieder auf juristischem Weg eskalieren. Schon die Androhung eines Rechtsverfahrens könnte die Bank zum Einlenken bringen, so ihre Hoffnung. «Sind die Verhandlungen der UBS mit den Kunden nicht zielführend, werden die Kunden die Angelegenheit auf dem Rechtsweg weiterverfolgen müssen», sagt Elmiger.

Jeden Fall einzeln geprüft

Bei der Grossbank gibt man sich gelassen: Das Problem ist auf die Schweiz begrenzt und betrifft keine ganz reichen Kunden. Dem Vernehmen nach soll die Bank Entschädigungen gesprochen haben, die zwischen 10 und 90 Prozent der erlittenen Verluste entsprechen. Die UBS habe jeden Fall einzeln begutachtet. In gewissen Fällen sei man zum Schluss gekommen, dass es keinen Grund gebe, gewisse Kunden zu entschädigen, sagt eine mit den Vorgängen vertraute Person.

Ob Kunden schlecht informiert, blauäugig oder gierig waren, hängt vom Einzelfall ab. Nur Opfer waren sie gewiss nicht. Gemäss der NZZ vorliegenden Dokumenten haben Bankkunden mit Devisen-Derivaten ohne viel eigenes Dazutun über Jahre hinweg «einfaches» Geld verdient, und das mit vermeintlich sicheren «Cash-Produkten».

Heute steht der Vorwurf im Raum, dass diese Produkte zuungunsten der eigenen Kunden strukturiert seien. In einem Beispiel hat ein Kunde «bloss» 1 bis 2 Millionen Franken Vermögen bei der UBS. Mit einem sogenannten TARG-Derivat habe er sich aber ein Verlustrisiko von bis zu 20 Millionen Franken eingehandelt. «Die Chance auf einen beschränkten Gewinn steht bei diesen Instrumenten in keinem Verhältnis zur Höhe eines möglichen Verlustes», sagt Elmiger. Für die Derivate stehen Akronyme wie «TARG – Target Redemption Forward» oder «RTPF – Range Target Payout Forward». Die Verlustrisiken sind aus den Produkt-Beschreibungen für Laien kaum ersichtlich. Ohne Beratung ist eine qualifizierte Entscheidung schwierig.

Für Anwalt Elmiger gibt es zudem Anzeichen, dass UBS-Kundenberater

ungenügend über die erheblichen Risiken der Instrumente informiert haben. «Dass Kunden ein Vielfaches ihres Einsatzes verlieren können, wurde in vielen Fällen nicht oder nicht genügend kommuniziert», sagt er.

Ausgesprochen lukrativ

Andere Kunden sollen von falschen Annahmen ausgegangen sein. RTPF-Produkte etwa versprechen vierteljährliche Auszahlungen, eine Art «Dividende». Dass es zu einer Nachschuss-Pflicht kommen kann, dürften nicht alle von ihnen verstanden haben.

Das betrifft nicht nur Devisenprodukte. In einem anderen Beispiel war eine über 80-jährige Frau davon ausgegangen, dass sie in physisches Gold investiert. Tatsächlich habe die Bank

Ob Kunden schlecht informiert, blauäugig oder gierig waren, hängt vom Einzelfall ab. Nur Opfer waren sie gewiss nicht.

für sie in ein Schweizerfranken-Gold-Finanzderivat investiert, was ihr nicht bewusst war.

In einer E-Mail an einen Kunden, die der NZZ vorliegt, preist ein UBS-Bankberater die RTPF-Produkte als «hervorragende Opportunität» an. Er gibt aber auch ausdrücklich warnend zu bedenken, dass bei «FX OTC», also bei Fremdwährungs-Over-The-Counter-Geschäften, Verluste entstehen könnten und dass es keine Anlage mit so viel Rendite gebe ohne Risiko. Gleichzeitig schlägt der Berater dem Kunden vor, weitere Gelder zur UBS zu bringen, um weitere Devisengeschäfte abschliessen zu können.

Trotz drohenden Rechtsverfahren hält die UBS an ihren Devisen-Derivaten fest. Sie sollen sich bewährt haben und werden seit Jahren eingesetzt. Auch Vermögensverwalter wie Vontobel, Julius Bär oder Pictet haben vergleichbare Produkte im Angebot – diese sind gemäss einem Pictet-Sprecher jedoch nur für «professionelle Kunden mit Beratungsmandaten» geeignet. Trotz «Unfällen» wie bei der UBS gibt es zudem kaum Anreize, zum Schutz mancher Kundengruppen auf die Instrumente zu verzichten – für die Banken sind sie äusserst lukrativ.

Grossinvestor stösst seine Implenla-Aktien ab

Rudolf Maag verkauft seinen Anteil am Schweizer Baukonzern – dieser hofft auf eine Verbreiterung der Aktionärsbasis

JÜRG MEIER

Beim grössten Schweizer Baukonzern kommt es zu einer Veränderung im Aktionariat. Der Grossinvestor Rudolf Maag will seine rund eine Million Titel umfassende Beteiligung an dem Unternehmen verkaufen, wie die Nachrichtenagentur Reuters berichtet. Maag hält derzeit einen Anteil von rund 5,4 Prozent an Implenla.

Die Aktien von Maag sollen via ein beschleunigtes Bookbuilding-Verfahren verkauft werden, wie es heisst. Dieser Prozess kommt immer dann zum Einsatz, wenn ein grösseres Aktienpaket rasch abgestossen werden soll, ohne dass der Kurs des Unternehmens darunter leidet.

Wert von 55 Millionen Franken

Der Verkäufer beauftragt dafür eine Bank. Im Fall des Aktienpaketes von Maag handelt es sich dabei um die UBS. Die Bank holt bei professionellen Investoren Kaufangebote ein. Ziel ist es, da-

bei möglichst wenig Staub aufzuwirbeln und den Verkauf rasch abzuschliessen. Der Schlusskurs von Implenla lag am Dienstagabend bei 55.30 Franken. Das Paket hatte zu diesem Zeitpunkt einen Wert von rund 55 Millionen Franken. Zu welchem Preis die Aktien tatsächlich den Besitzer wechseln, war am Dienstagabend noch unklar. Gegenüber Medien nannten Insider immerhin eine Untergrenze: Angebote unter 52.25 würden vermutlich nicht berücksichtigt, hiess es. Das bedeutet, dass Maag für sein Aktienpaket mindestens 52,25 Millionen Franken wird lösen können.

Implenla bestätigte den geplanten Verkauf des Aktienpakets gegenüber der Nachrichtenagentur AWP. Man habe Kenntnis von der Platzierung der Aktien durch Maag, sagte eine Sprecherin. Implenla selbst sei dabei nicht involviert. Der Konzern kann aber offenbar gut mit dem Ausstieg von Maag leben. Laut der Implenla-Sprecherin erwartet das Unternehmen eine Verbesserung des sogenannten Free-Float-Anteils seiner Aktien. Ein

grosser Teil der Implenla-Aktien befindet sich in festen Händen von strategischen Investoren. Nur etwa die Hälfte des Kapitals ist derzeit frei handelbar.

Das Paket von Maag wird nun die Aktionärsbasis verbreitern, weil es breit gestreut bei neuen Investoren lan-



KEYSTONE

Rudolf Maag
Schweizer Industrieller

den dürfte. Das hatte Implenla bereits bei früheren Platzierungen von grossen Aktienpaketen als wünschbare Entwicklung bezeichnet.

Wenn mehr Aktien frei verfügbar sind, ist das für Implenla ein Vorteil. Es erleichtert den Einstieg für Fonds und

andere professionelle Anleger und wirkt sich stabilisierend auf den Kurs aus.

Ein anständiges Geschäft

Der heute 79-jährige Maag ist seit über fünfzehn Jahren bei Implenla investiert. Er gilt als sehr diskreter Investor, der sich praktisch nicht in der Öffentlichkeit äussert. Maag begann seine Laufbahn mit einer Metzgerlehre und war ursprünglich für das väterliche Geschäft vorgesehen. Doch ein Berufsunfall durchkreuzte diese Pläne. Er brach die Lehre ab, um sich neu zu orientieren. Er entschied sich, in Basel die Handelsschule zu absolvieren, später kam ein MBA-Abschluss hinzu.

Seine berufliche Laufbahn begann 1968. Er arbeitete für die Basler Handelsgesellschaft, ein traditionsreiches Basler Handelshaus mit globalen Aktivitäten. In dieser Zeit war er unter anderem drei Jahre in Ghana unterwegs. 1973 stieg er bei Sandoz ins Pharmageschäft ein – und damit in die Branche, in der

er einen guten Teil seines gemäss Schätzungen rund 5 Milliarden Franken grossen Vermögens machen sollte.

1990 gründete er die Medtech-Firma Stratec Medical – eine Ausgliederung aus der Straumann-Gruppe, die sich auf Implantate für die operative Behandlung von Knochenbrüchen spezialisierte. Bereits 1996 kam es zum erfolgreichen Börsengang. 2000 machte sich Maag sozusagen selbstständig: Er agierte als unabhängiges Mitglied in verschiedenen Verwaltungsräten sowie als Private-Equity-Investor. Maag ist auch für sein grosses Engagement als Kultursponsor bekannt.

Bei Implenla nutzt er nun die Gunst der Stunde. Nach gut einem halben Jahr mit steigenden Kursen trennt er sich von seinem Aktienpaket. Ende 2024 war der Kurs noch bei rund 30 Franken gelegen. Mit seinem Engagement bei der Bauunternehmung dürfte Maag ein anständiges, aber kein überragendes Geschäft gemacht haben. Auf 55 Franken stand der Implenla-Kurs auch im Januar 2014 schon einmal.